

Hilferuf per Facebook-Video

Corona zwingt Musiker Jakob Lübke zum politischen Handeln

Von Ralf Döring

OSNABRÜCK Die Geschichte mit der Oma vergisst man nicht so schnell, weil Geschichten um Oma ins Herz treffen. Beim Musiker Jakob Lübke geht sie so: Er hat, weil er seit dem Corona-Shutdown kein Geld mehr verdient, Grundsicherung beim Jobcenter beantragt. Parallel dazu hat Oma ihm Geld überwiesen. Das hat er zwar sofort zurücküberwiesen – „ich kann das nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, dass Oma dafür einstehen muss“, sagte er. Die Sachbearbeiterin im Jobcenter hingegen hat nur den Zahlungseingang gesehen, Omas Geld gegengerechnet und die Soforthilfe entsprechend reduziert.

Alleingelassen

Mittlerweile ist der Förderantrag bewilligt. Lübke aber ist noch nicht zufrieden mit der Situation, in die ihn die Corona-Verfügungen gebracht haben. Denn ganz abgesehen von der Frage, ob 432 Euro Grundsicherung zum Leben reichen: Er fühlt sich alleingelassen von der Politik. Weniger, weil sie ihn durch den Shutdown zur Untätigkeit gezwungen hat, sondern weil die Wege zur Hilfe so verschlungen sind und die Politik keine Perspektiven eröffnet.

All das erzählt er in einem Video, das weite Kreise gezogen hat: über 200 000-mal ist es mittlerweile aufgerufen worden. Die Hälfte davon sind Menschen in der gleichen Situation, die andere Hälfte fragt ungläubig: „Wie, so ist das wirklich?“

So ist es tatsächlich, und daran zweifeln nicht einmal die Politiker, die er mit seinem Video direkt adressiert hat. „Ich habe das ans Ministerium weitergegeben“, sagt CDU-Landtagsabgeordneter Burkhard Jasper. Hanna Naber, kulturpolitische Sprecherin der SPD im Niedersächsischen Landtag, räumt ein, Selbständige würden „durchs Raster vieler Hilfsprogramme fallen“. Volker Bajus, für die Grünen im Landtag, äußert sich ganz ähnlich: Die Rahmenbedingungen der Kulturpolitik gingen „an Problemlagen von Leuten wie Jakob Lübke vorbei“.

Hilfen für die Kultur

Erkannt ist das Problem also. Aber gelöst? In der Plenarsitzung diesen Mittwoch verhandelt der Niedersächsische Landtag einen Nachtragshaushalt; es ist bereits das zweite Paket, das die durch Corona verursachte Not lindern soll. Rund vier Milliarden Euro umfasst es, zwanzig

Millionen Euro davon sind für die Kultur vorgesehen. Mit zehn Millionen Euro stockt das Land die Mittel auf, die vom Bund nach Niedersachsen fließen, die anderen zehn Millionen sollen explizit den Soloselbstständigen in der Kultur zugute kommen.

Löst das Lübkes Probleme? Wohl kaum. Zwei grundsätzliche Forderungen bleiben unerfüllt: die nach Klarheit und die nach Möglichkeiten, die Grundversorgung durch eigene Arbeit aufstocken zu können. „Ich habe hundert Prozent Verdienstausschlag“, sagt Lübke. Verdient er Geld, reduziert das Jobcenter die Zahlungen. Auf die Betriebskosten-Soforthilfe vom Bund wartet er seit sieben Wochen, und was die übernimmt, sei nicht klar. Leasingraten fürs Auto ja (das hat er aber gekauft), Spritkosten nein, Werbungskosten „im üblichen Maß“, zitiert Lübke die Vorgaben. Was das heißt? Lübke weiß es nicht. Dabei hat er sich schlaugemacht, nicht nur über die üblichen Kanäle im Netz, sondern bei einem Rechtsanwalt und seinem Steuerberater. Klarheit hat er dadurch nicht erlangt. „Ich will mich nicht beschweren“, sagt Lübke, zumindest nicht über das Jobcenter. Massive Kritik übt er „an den unzureichenden Hilfeleistungen“ - und dass er nicht weiß, wann es weitergeht.

Antworten von Politikerinnen und Politikern auf Fragen nach dem Zehn-Millionen-Paket tragen wenig zur Klärung bei. Höchstwahrscheinlich wird der Landtag das Hilfspaket beschließen; wie sich das Programm gestaltet und wann es startet, bleibt hingegen offen. Lübke könnte sich Hilfe nach dem Vorbild Baden-Württembergs vorstellen: Dort erhält jeder Soloselbstständige aus dem Kulturbereich bis auf Weiteres knapp 1200 Euro monatlich, und das ganz unbürokratisch. Bajus sieht darin zwar keine Dauerlösung, aber ein probates Mittel, akute Not zu lösen. Naber hingegen hält es für „nicht realisierbar“ und schiebt den Schwarzen Peter weiter: „Da steht das Finanzministerium vor“, sagt sie.

Wie aber will Niedersachsen sein Geld verteilen? Naber verweist ans zuständige Ministerium für Wissenschaft und Kultur, dort heißt es so knapp wie brüsk, „wir erarbeiten gerade ein Konzept.“ Geht es nach CDU-Mann Jasper, können Künstler das Geld für eigens aufgelegte Projekte abrufen. Vermutlich geht Jakob Lübke dann weiterhin leer aus.